

Berlin, den 30. März 1944

Personlicher Schriftverkehr  
 mit der Geb. 1261

**Geheim**

106493

Nach der Auslegung, die der Leiter der Reichskanzlei dem Führerauftrag an den RF-77 gibt, ist der RF-77 lediglich zuständig für die formale Durchführung von Verhandlungen mit den germanisch-völkischen Gruppen in den besetzten Gebieten. Selbst eine formale rein formale Einschaltung bei solchen Verhandlungen könnte aber höchstens dem Zweck dienen, durch sie eine gewisse Einheitlichkeit der deutschen Politik diesen Gruppen gegenüber zu gewährleisten.

Dieses Interesse ist es doch wohl, das den Führer veranlasst hat, überhaupt einen solchen Auftrag an den RF-77 zu erteilen.

Eine einheitliche Linie der deutschen Politik gegenüber den germanisch-völkischen Gruppen und damit gegenüber den germanischen Randgebieten überhaupt ist allerdings eine unabwiesbare K r i e g s notwendigkeit: Denn nur durch eine klare grosse politische Linie, die von allen beteiligten deutschen Stellen eingehalten wird, wird es schon auf die Dauer des Krieges möglich sein, die Kräfte in den germanischen Randländern, die überhaupt heute anzusprechen sind, für einen Einsatz im Dienste der deutschen Kriegsführung zu aktivieren und bei der Stange zu halten. Diese politische Linie muss die Interessen des Reiches wahren und im Rahmen dieser Interessen auf die Mentalität der einzelnen Randvölker so eingehen, dass die Besten dieser Völker es vor ihrem Gewissen und vor ihren Völkern verantworten können, mit

NA 175/74/259231

dem Reich zu gehen in der Überzeugung, dass das Schicksal ihrer Völker unabwendbar mit dem Reich verbunden ist, und dass das Reich ein u n e i g e n n ü t z i g e r Treuhänder der gemeinsamen Interessen sein wird.

Heute sind in allen besetzten Gebieten alle die Kräfte, die bereit wären, mit Deutschland zusammen zu gehen, einem ungeheuren moralischen Druck der deutschfeindlichen Mehrheiten ihrer Volksgenossen ausgesetzt, die sie zu Landesverrättern stempeln. Diese Gegner arbeiten in erster Linie mit dem Argument, dass Deutschland kein ehrliches Spiel mit den besetzten Ländern treibe, sondern sie nur rücksichtslos imperialistisch für seine egoistischen Zwecke ausbeuten wolle. Dieser Propaganda geben viele kriegsnotwendige harte deutsche Maßnahmen in den besetzten Gebieten immer neuen Stoff. Dem dadurch auch bei den deutschfreundlichen Kreisen entstehenden Misstrauen gegen die Ehrlichkeit der deutschen Absichten kann nur durch eine ganz klare und eindeutige Linie der deutschen Politik begegnet werden. Jeder scheinbare Widerspruch in den deutschen Massnahmen wird sofort geschickt vom Feind als Beweis für die Zweideutigkeit und damit Unerlichkeit der deutschen Politik ausgelegt.

Wenn also eine einheitliche Linie der deutschen Politik in den germanischen Ländern unbedingt erforderlich ist, die von a l l e n deutschen Stellen eingehalten werden muss, so kann diese Einheitlichkeit nicht lediglich dadurch gewährleistet werden, dass der RF-77 sich formal bei den Verhandlungen deutscher Stellen mit den germanisch-völkischen Gruppen einschaltet. Der Sinn des Führer-auftrages kann vielmehr nur darin liegen, dass der RF-77 mit allen deutschen Partei- und Staatsstellen eine Abstimmung ihrer Einzelmassnahmen auf die grosse politische Linie herbeiführt, die in den besetzten Gebieten einzuhalten ist.

-3-

Der RF- $\frac{1}{2}$  wird hierbei als P a r t e i - Dienststelle tätig, so dass es nicht richtig ist, wenn der Leiter der Partei-Kanzlei feststellt, dass " im G e g e n - s a t z zur Auffassung des Chefs der Germanischen Leitstelle die germanische Arbeit im Bereich der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände eine Partei- Aufgabe" sei. Weder die Tätigkeit der Partei, ihrer Gliederungen und Verbände auf diesem Gebiete noch die Erfüllung des F ü h r e r -auftrages der Reichskommissare wird ja durch die Tätigkeit der Germanischen Leitstelle als des Organs, dessen sich der RF- $\frac{1}{2}$  zur Erfüllung seines Führer-Auftrages im germanischen Raum in erster Linie bedient, irgendwie gehemmt. Im Gegenteil: Es kann ja nur im Interesse aller dieser Stellen liegen, dass eine P a r t e i stelle sich besonders mit diesen Fragen beschäftigt und auf Grund dieser besonderen Beschäftigung gemeinsam mit allen interessierten Stellen der Partei, ihrer Gliederungen und Verbände die einheitlichen Richtlinien für die Politik in den besetzten germanischen Gebieten festlegt. Dass hierzu die Germanische Leitstelle als die Stelle, die sich im Auftrag des Reichsführers- $\frac{1}{2}$  mit den Fragen des germanischen Raumes ständig zu befassen hat, und der dabei als  $\frac{1}{2}$ -Dienststelle das umfangreiche Nachrichtenmaterial des SD als des Nachrichtendienstes der Partei uneingeschränkt zur Verfügung steht, die geeignetste Dienststelle für diese Aufgabe ist, dürfte nicht zu bezweifeln sein.

Wird die Notwendigkeit einer einheitlichen deutschen Politik im germanischen Raum bejaht, so dürfte es auch wünschenswert sein, dass die Reichskommissare sich bei der Durchführung ihres Führer-Auftrages in den Fragen, die die germanische Volkstumspolitik berühren, vom Reichsführer- $\frac{1}{2}$  und seinen zuständigen Organen bei ihren diesbezüglichen Massnahmen beraten lassen.

-4-

Daraus dürfte sich wohl kaum eine Beeinträchtigung ihrer vom Führer erteilten Vollmacht ergeben.

Die Gewährleistung einer klaren einheitlichen Linie der germanischen Volkstumspolitik ist aber unmöglich, wenn man die Behandlung der germanischen nicht-deutschen Menschen, die sich im Reich befinden, trennen will von der Politik in den Heimatländern dieser Menschen. Dazu wirkt sich jede falsche und unpsychologische deutsche Massnahme gegenüber den im Reich befindlichen nicht-deutschen germanischen Menschen viel zu sehr sofort stimmungsverschlechternd in weiten Kreisen des betreffenden Heimatlandes aus. Vernünftige Richtlinien für die Behandlung dieser Menschen im Reich können aber nur aufgestellt werden aus der genauen Kenntnis ihrer Länder und der Ziele und Absichten der deutschen Politik in diesen Ländern. Wenn die Gauamtsleiter für Volkstumsfragen auch an sich schon den Auftrag haben, sich mit den germanischen Menschen zu befassen, so brauchen sie, um dieser Aufgabe gerecht werden zu können, doch zweifellos die Anleitung und Weisungen einer Stelle, die unmittelbar den Gesamtkomplex der Fragen des germanischen Raumes beherrscht, und die durch ihre Arbeit in ständigem engen Kontakt mit der Entwicklung in diesem germanischen Raum ist. Soweit hier bekannt ist, gibt es keine andere Partei-Dienststelle als die Germanische Leitstelle, bei der diese Voraussetzungen zutreffen.

Beim SD fällt immer wieder eine Fülle von Material an, aus dem hervorgeht, wie wenig gerade auch örtliche Partei-Dienststellen die Problematik der germanischen Volkstumspolitik erkannt haben, und wie aus dieser Unkenntnis immer wieder grösste Fehler gemacht werden, die sich stimmungs- und leistungsverschlechternd unter den im Reich eingesetzten

Germanen und in ihren Heimatländern auswirken.

Auch der Auftrag der Deutschen Arbeitsfront zur Betreuung sämtlicher ins Reich hereingeholter Arbeiter erfährt durch das Tätigwerden der Germanischen Leitstelle keine Einschränkung. Es werden vielmehr der DAF gerade durch die Tätigkeit der Germanischen Leitstelle erst die Voraussetzungen für eine erfolgreiche, den besonderen volkstumsmässigen Begebenheiten angepasste Betreuung der germanischen Arbeiter gegeben.

Abschliessend muss noch einmal betont werden, dass nur durch eine einheitliche klare Politik aller deutschen Stellen in den besetzten germanischen Gebieten und gegenüber dem nichtdeutschen germanischen Volkstum im Reich das Höchstmass an Leistungen und Kriegseinsatz der germanischen Randvölker erreicht werden kann, das durch eine reine Machtpolitik auf längere Dauer niemals zu erlangen ist. Eine vernünftige deutsche Politik in den besetzten Gebieten, die aber nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie wirklich einheitlich durchgeführt wird, kann Hunderttausenden junger deutscher Soldaten das Leben retten.

g.